

Gewerkschaftsbewegung

Schlecht gespielte Naivität.

Den Kommunisten ist die „revolutionäre“ Hebelrolle gelungen. Hunderttausende von Arbeitnehmern, die erst neu zur Gewerkschaftsbewegung gekommen waren, durch ihre Aktionen wieder ins Lager der Unorganisierten zu treiben. Die plötzliche Hochstimmung nach der Revolution, die den Gewerkschaften Millionen neuer Mitglieder brachte, wäre zwar auch ohne die Zellenbauerei, die Vergrößerung des Versammlungslebens und das ganze kommunistische Treiben zu einem guten Teil verebbt. Doch die Verwüstungen, die darüber hinaus unter den Mitgliederbeständen der Gewerkschaften erfolgten, sind der gemeinschädlichen Gegenagitation der Kommunisten in den Betrieben, unter den Arbeitslosen und in den Gewerkschaftsversammlungen zuzuschreiben. Der Versuch, die von den Gewerkschaften abgeplatteten Massen, durch Provozierung des Ausschlusses kommunistischer „Führer“ und Rabauken aus ihren Gewerkschaften, die diese Massen „mitreißen“ sollten, für kommunistische Sonderorganisationen einzulagern, ist gescheitert. Die Herrschaften mußte ihre Taktik umstellen und ihre „Vorkämpfer“ für die Zersplitterung der Gewerkschaften, die Schumacher, Weger und Kaiser, aus ihrer Gewerkschaftsbewegung ausbooten. Die Parole der „Einheitsfront“, wie man sie in der kommunistischen Parteizentrale aufstufte, wurde propagiert und den Funktionären und Mitgliedern der SPD die Verpflichtung auferlegt, wieder in die Gewerkschaften einzutreten, um darin kommunistische Parteiarbeit zu verrichten. Der Zuwachs, der unter solchen Umständen den Gewerkschaften zugeführt werden soll, oder — nachdem die den SPD-Mitgliedern gestellte Frist abgelaufen ist — zugeführt wurde, ist für die Gewerkschaften von vornherein ein recht zweifelhafter Gewinn.

Die Massen, die ins Lager der Unorganisierten und teilweise sogar in das der Selben getrieben wurden, kann kein kommunistischer Parteibeschluß wieder zurückbringen. So selbst ein ganzer Teil der „Revolutionäre“, der die kommunistische Hege gegen die Gewerkschaften gefühlsmäßig als Heberzeugungslage aufgefaßt und sie nicht als Mittel zum Zweck erkannt hat, ist dem Parteibefehl nicht nachgekommen und hat sich dafür lieber aus der Partei ausschließen lassen. Die durch jahrelange üble Erfahrungen mit den Einheitsfront-Parolemachern gemäßigten Gewerkschaftsleitungen mühten tatsächlich aus den unfähigen Trotteln bestehen, als die sie von der SPD-Presse tagtäglich verleumdeter werden, wenn sie es unterlassen hätten, sich den ihnen von der SPD bescherten neuen Zuwachs etwas näher anzusehen.

Den Gewerkschaften ist jeder Arbeiter, jeder Angestellte willkommen, der sich in Reih und Glied stellt und im Sinne der Gewerkschaften mitarbeitet. Wer jedoch gegen die „reformistischen“ Gewerkschaften jahrelang aufgepuscht ist und erst jetzt gegen die Gewerkschaftsleitungen, wer in die Gewerkschaft kommt, um kommunistische Parteiparolen zu verächtlichen, bedeutet für die praktische Gewerkschaftsarbeit und für die Gewerkschaftseinheit kein Gewinn. Kurzum, die Gewerkschaften sind gezwungen, erste Beitrittserklärungen kommunistischer Parteimitglieder zurückzuweisen. Das benutzte die „Rote Fahne“ zu einer gut gespielten fälschlichen Entrüstungsaktion, weil der Metallarbeiterverband einige solcher Beitrittserklärungen unter Hinweis auf seine Satzungen abgelehnt hat. Auch der 3dA hat einer

Stenotypistin im Betrieb der „Roten Fahne“ die Aufnahme verweigert. Dem Fabrikarbeiterverband bzw. seinem Vorsitzenden Reimann wird zur Last gelegt, daß er sagte, man müsse bei Neuaufnahmen vorsichtig sein, um keine Verbändezerstörer in den Verband zu bekommen.

Wir sind der Meinung, es ist für die Gewerkschaften weit besser, wenn die „Rote Fahne“ sie beschimpft, weil sie ihren statistischen und sonstigen „reformistischen“ Verpflichtungen nachkommen, als daß die Gewerkschaften sich von neuem einem Aeseltreiben der SPD innerhalb ihrer Reihen aussetzen, das lediglich dazu führte, daß auf jeden neuaufgenommenen SPD-Parolenmann mindestens ein Dutzend Austrittserklärungen kämen.

Die Gewerkschaften müssen es nach wie vor ablehnen, den Beschlüssen der SPD zu folgen.

Verhandlungen im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten mitteilt, finden am Montag, den 23. Februar, freie Verhandlungen zwischen den bisherigen Trägern des Reichstarifvertrages für das deutsche Bankgewerbe statt.

Der Konflikt im Radelosengewerbe beigelegt.

Bei den Verhandlungen vor dem Schlichter der Provinz Brandenburg am 12. Februar ist es zu einer neuen Lohnvereinbarung gekommen. Der geforderte Stundenlohn von 70 Pf. (Friedenslohn) und der volle Akkordtarif vom Jahre 1920 wurden von den Unternehmern akzeptiert. Der Streit drehte sich nur darum, wie lange die Vereinbarung gelten soll. Die Arbeitnehmer wollten einen zweimonatigen Abschluß für Februar und März, während die Fabrikanten eine Geltungsdauer bis 1. Juli forderten. Nach mehrstündigem Verhandeln wurde die Vereinbarung bis zum 30. April abgeschlossen. Wenn in der benachbarten Radelindustrie (Sachsen) die Löhne am 1. April steigen, sind die Parteien verpflichtet, erneut zusammenzutreten und wegen der Bezahlung im Monat April zu beraten. Ueber den viel umstrittenen Lohnabzug vom Spitzenlohn von 10 Proz. in den kleineren Provinzorten soll erneut verhandelt werden. Bis zum 3. März sollen diese Verhandlungen erledigt sein, sonst wird ein paritätisches Schiedsgericht unter einem unparteiischen Vorsitzenden, der ebenfalls durch den Schlichter der Provinz Brandenburg ernannt wird, endgültig entscheiden. Sämtliche Entscheidungen dieser Schiedskommission haben Rückwirkung ab 15. Februar. Ueber die Hilfsarbeiterlöhne soll brüchlich verhandelt werden.

Soll der Junge Glaser werden?

Östern steht vor der Tür und für viele Eltern ist es schwer, einen Beruf für ihren aus der Schule kommenden Sohn zu finden. Eine besondere Reizung, Glaser zu werden, wird wohl kaum ein Junge haben, es sei denn, daß er zeichnerisch gut veranlagt ist und sich der Bleiglaserei zuwenden will. Doch wird mancher Glaser werden, weil in anderen Berufen schwer unterzukommen ist. Bismöglich ist bei einzelnen Eltern noch die Auffassung vertreten, ein Glaser brauche wenig Kapital, um selbständig zu werden. Das ist natürlich falsch. Wie in allen Branchen kann auch in der Glaserei nur der bestehen, der über größeres Kapital verfügt. Heute übersteigt in Berlin z. B. die Zahl der „Selbständigen“ die Zahl der Gehilfen um mindestens ein Drittel. Wieviel von diesen „Selbständigen“ einen geringeren Verdienst, eine längere Arbeitszeit und mindestens dieselbe Arbeitslosigkeit (nach Meisterbegriffen) sind sie zwar nicht arbeitslos, sondern sie haben nur nichts zu tun wie die Gehilfen haben, soll hier nicht untersucht werden. Dreieinhalb bis vier Jahre soll nach Innungsbeschlüssen die Lehrzeit dauern. Bezahlt wird im ersten Jahr 6 Mk., im zweiten 7 Mk.,

im dritten 8 Mk. und im vierten Jahr 10 Mk. „Kostgeld“. Ob diese Beträge für das notwendige Fahrgehalt, für Nahrung und Kleidung oder gar als Entschädigung für die nach beendeter Lehrzeit sofort eintretende Arbeitslosigkeit gezahlt werden, konnte bisher nicht festgestellt werden. Tatsache ist aber, daß der größte Teil der Ausgelernten sofort nach Beendigung der Lehrzeit entlassen wird. Dann beginnt die Arbeitslosigkeit, die nicht nur wochen-, sondern monatelang dauert. Nach der Statistik des Arbeitsnachweises arbeiten seit 1919 nur rund 450 Glaser im Beruf. Rund 300 sind infolge der schlechten Lage im Beruf noch in anderen Branchen tätig. Sie können gern zum Beruf zurück, wenn Arbeitsmöglichkeit bestände. 1922 waren durchschnittlich pro Tag 66 Glaser arbeitslos. Volla drei Monate war die Höchstzahl 169. 1923 waren durchschnittlich pro Tag 170 Arbeitslose, die Höchstzahl betrug 379. In den ersten drei Monaten des Jahres 1924 ging diese Zahl auf 324 zurück und fiel dann bis Mitte November auf 15. Seit Mitte November ist die Zahl der Arbeitslosen wieder ständig gestiegen und beträgt jetzt 176, bei 450 im Beruf stehenden Glasern. Die Eltern müssen sich also wohl überlegen, ob sie dazu beitragen wollen diese Zahlen noch zu vergrößern durch ihre Söhne.

Run zu den Löhnen. Zugegeben, daß gegenwärtig die Löhne der Glaser denen der anderen Berufe im Baugewerbe gleichstehen, sie zum Teil vielleicht sogar übersteigen. Es muß jedoch beachtet werden, daß kein Beruf im Baugewerbe so sehr Saisonberuf ist wie das Glasergewerbe. Sollten sich für die Zukunft die Verhältnisse bessern, dann werden auch die wieder zum Beruf zurückkehren, die heute noch anderswo beschäftigt sind oder Handel treiben. Es bedarf also keiner Bekehrungsblätter.

Jedenfalls ist es notwendig, daß Eltern, ehe sie ihren Jungen Glaser lernen lassen, sich mit der zustehenden Organisation in Verbindung setzen. Baugewerksbund Fachgruppe Glaser.

In Düsseldorf noch starke Opposition.

Düsseldorf, 16. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Neuwahl der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf entfielen auf die Mosbacher Liste 657 Stimmen, auf die Moslauer nur 330.

Immerhin bedeutet auch dieses Resultat ein erfreuliches Zeichen fortschreitender Befundung der Gewerkschaften.

Forderungen der polnischen Gewerkschaften in Danzig.

Am 31. März d. J. läuft nach einer OE-Weisung die Frist ab, für die die deutschen Eisenbahner in Danzig von der deutschen Reichsregierung beurlaubt worden sind. Der polnische Gewerkschaftsverband in Danzig hat sich an die polnische Regierung mit dem Ersuchen gewandt, in eine Verlängerung dieser Frist nicht einzustimmen und die frei gewordenen Stellen mit polnischen Eisenbahnern zu besetzen. Ferner wird die Forderung gestellt, daß sämtliche frei werdenden Stellen in der Hafenverwaltung ausnahmslos mit polnischen Beamten und Arbeitern besetzt werden sollen, bis in der nationalen Zusammenlegung des Personals das Verhältnis 50:50 erreicht ist.



Heute beginnt

in den besonders kenntlich gemachten Geschäften die Ausgabe der Gratisdose VIM gegen unseren Gutschein



Sunlicht Gesellschaft A.G. Mannheim - Rheinau.